

- Erläuterung staatlicher Entwicklungspläne,
- Veranstaltung von Seminaren zu verschiedenen Themen,
- Vertretung der Interessen der auslandsfinanzierten Firmen gegenüber Regierung und Ressorts,
- Unterbreitung von Vorschlägen für Verbesserung des Investitionsklimas,
- Hilfe bei Veranstaltung von Verkaufsausstellungen im In- und Ausland,
- Zusammenarbeit mit ausländischen Verbänden.

Bei der Gründungsveranstaltung waren Vertreter von mehr als 100 Joint Ventures zugegen, die die Satzung verabschiedeten und Wei Yuming, Präsident des China International Trade Centres und ehemaliger Vizeminister im Außenwirtschaftsministerium, zum Verbandspräsidenten wählten. Ehrenpräsident ist Staatskommissar Gu Mu. Einige ausländische Firmenvertreter wurden als ständige Mitglieder des Verbandsrates gewählt. (NfA, 25.11.87; XNA, 6.11.87) -lou-

*(29)

"Exportkammer" für Elektromaschinen gegründet

Die Zahl der für das Management des chinesischen Industriesektors zuständigen Organisationen ist um eine weitere erhöht worden. Die kürzlich gegründete, halb-offizielle China Electrical Machinery Export Chamber of Commerce soll hauptsächlich in der Ausfuhr elektrischer Maschinen tätig werden. Sie wird als erste ihrer Art in China bezeichnet und ist u.a. mit Unterstützung der China National Machinery and Equipment Import and Export Corp. entstanden.

Bislang haben sich ca. 70 Betriebe dieser sog. Exportkammer angeschlossen. Die Zahl dürfte sich bald erhöhen, da aufgrund einer Entscheidung des Ministeriums für Außenwirtschaftsbeziehungen in Zukunft nur noch Kammermitglieder ausfuhrberechtigt sein sollen. Der Zoll werde Lieferungen von Nicht-Mitgliedern nicht mehr abfertigen, hieß es. 1986 waren für 658,79 Mio.Yuan elektrische Maschinen exportiert und für 4.123,15 Mio.Yuan importiert worden.

Hinter der wichtigsten Aufgabe der Kammer, der Koordinierung und Regulierung der Exporte, steht das Bemühen, unkontrollierten, z.T.

ruinösen Preiswettbewerb zwischen chinesischen Fertigungsbetrieben im Kampf um Aufträge von ausländischen Käufern zu verhindern. Die Lieferungen an das Ausland hätten nach Menge zwar deutlich zugenommen, so hieß es, der Wert sei aber nicht entsprechend gestiegen. Der den Herstellern zugestandene, höhere Grad an Entscheidungsfreiheit bei der Verhandlungsführung mit ausländischen Unternehmen, der Vertragszeichnung und Preissetzung habe zu einer beachtlichen Vitalisierung der Branche geführt, die es nun zu lösen gelte.

Die Exportorganisation soll ebenfalls die rechtlichen Belange ihrer Mitglieder wahrnehmen. (NfA, 10.11.87) -lou-

Wirtschaft

*(30)

Reform der Investbau-Investitionen geplant

Nach Aussagen eines Kaders der Zentralen Planungskommission soll das Verwaltungssystem für Investbau-Investitionen reformiert werden; der entsprechende Plan soll im Jahre 1988 verkündet werden.

Entsprechend diesem Plan soll ein striktes Investitionsverantwortlichkeitssystem eingeführt werden, des weiteren sollen Markt- und Konkurrenzmechanismen genutzt werden, um ein wirkungsvolles Makro-Kontrollsystem zu errichten.

Das Verantwortlichkeitssystem wird auf verschiedenen Investitionsebenen bei wichtigen und langfristigen Aufbauprojekten durchgeführt werden; es soll die Verantwortlichkeit der lokalen Einheiten erhöhen.

Es wird eine nationale Investitionsgesellschaft gegründet, die die Investitionsangelegenheiten durch ökonomische Maßnahmen regulieren soll. Des weiteren wurde der Beschluß gefaßt, daß vier spezialisierte Investitionsgesellschaften auf der zentralen Ebene gegründet werden sollen, und zwar für Energie, Rohmaterialien, Kommunikationswesen und Landwirtschaft.

Provinzen, autonome Regionen, regierungsunmittelbare Städte und andere Städte, die den Status einer Provinz hinsichtlich der Planung

haben, werden ihre eigenen Investitionsgesellschaften errichten. Diese spezialisierten Gesellschaften sollen sich im wesentlichen mit dem Aufbau von Schlüsselprojekten mit Investitionen der Zentralregierung entsprechend dem allgemeinen Staatsplan befassen; dabei soll das Prinzip der Verbindung von Input mit dem Output angewendet werden. Dies zielt auf die Veränderung der Situation, in der Markt, Verantwortlichkeit und Nutzen voneinander getrennt sind, die Entscheidungsträger keine Risiken eingehen und diejenigen, die das Geld ausgeben, keine Verantwortlichkeit auf sich nehmen.

Das Land wird ebenso ein Fondssystem für die Investbauprojekte gründen, um eine stetige Versorgung mit Fondsmitteln für Investbauprojekte zu garantieren, insbesondere Schlüsselprojekte. Der Kader aus der Zentralen Planungskommission nannte dies "eine wesentlichere Reform in Chinas Investitionssystem"; dies werde "helfen, die Rückflüsse aus den Investitionen zu verbessern, die Staatseinnahmen zu erhöhen und gleichzeitig das außergewöhnlich hohe Wachstum der Investitionsanforderungen zu kontrollieren."

Daneben werde sich die Reform auch mit der Verlagerung der Macht und der Ausstattung der Unternehmen mit mehr Autonomie bei den Investitionsentscheidungen befassen; Macht soll delegiert, die Verwaltung der Investitionsplanung soll verbessert und voller Nutzen soll aus Markt und Konkurrenzmechanismen gezogen werden. (XNA, 23.11.87, zit. nach SWB, 26.11.87) -lou-

*(31)

Verzüge und Risiken des Marktmechanismus

In der Volkszeitung berichtete ein Reporter über Auswirkungen des Marktmechanismus, die er anlässlich einer Informationsreise in der Provinz Zhejiang gewonnen hatte.

Im Frühjahr '87 war er im Kreis Yiwu in der Provinz Zhejiang. Dort beeindruckte ihn der Markt für Güter des täglichen Bedarfs. Der tägliche Umsatz belief sich auf mehrere Hunderttausend Yuan, und der Jahresumsatz kam auf mehr als 100 Mio.Yuan. Dieser Markt wurde jedoch, wie viele andere Märkte, als ein böser Geist betrachtet und mitleidlos stranguliert. Um "die

Arbeitskräfte auf das Feld zu leiten" und "die Entstehung des Kapitalismus zu verhindern", mobilisierte der Kreis Kräfte aus verschiedenen Bereichen, um den Markt "zu umkreisen, zu jagen, und zu beschneiden".

Das Ergebnis war jedoch: Sobald der Markt an einer Stelle lahmgelegt worden war, so erschien er an anderer Stelle. Obgleich er öffentlich lahmgelegt worden war, so erschien er wieder im Geheimen. Worin bestand der Grund, daß man den Markt nicht verdrängen konnte? Der Reporter befragte einen Händler, der wie folgt antwortete: Wir möchten essen und leben. Dies ist eine einfache und klare Tatsache und eine klare und einfache Wahrheit.

Laut Statistiken aus der Provinz Hubei befassen sich nun 1 Mio. Bauern mit verschiedenen Handelsaktivitäten. Ihnen gehören 190.000 Traktoren, mehr als 8.000 Wagen sowie Boote und Schiffe mit einer Gesamttonnage von 160.000 t. Das Umsatzvolumen der Märkte in dieser Provinz belief sich auf mehr als 5,2 Mrd.Yuan 1986, das waren 26% des gesamten Volumens der Einzelhandelsumsätze. Aus den der Stadt Xiaogan unterstehenden Bezirken werden Millionen kg lokaler und Spezialprodukte, wie z.B. Lotoswurzeln, Knoblauch und Wasserkastanien, in 19 Provinzen und regierungsunmittelbare Städte im ganzen Lande durch eigene Handelszentren verkauft.

Im Kreis Zhongning in der Provinz Ningxia, wo die Warenwirtschaft sich erst spät entwickelte, sind mehr als 7.000 Bauern auf lokalen und andern Märkten aktiv. 1986 produzierte dieser Kreis mehr als 40 Mio.kg Wassermelonen. Unter Beteiligung von mehr als 1.000 privaten Händlern wurden über 30 Mio.kg dieser Wassermelonen in mehr als einem Monat in die umliegenden Kreise und nach Shaanxi, Gansu, in die Innere Mongolei und an andere Orte verkauft. Auf diese Weise veränderte sich die depressive Situation in Zhongning, die durch eingeschränkte Zirkulation charakterisiert war.

Der Markt hat die Barrieren zwischen Regionen niedergerissen und die Trennung zwischen Stadt und Land beseitigt. 1986 stieg die Zahl der dörflichen Unternehmen auf 15 Mio. an, der gesamte Bruttoproduktionswert betrug über 370 Mrd.Yuan.

Die bemerkenswerteste Rolle des Marktmechanismus kann jedoch in der Tatsache gesehen werden, daß er einen materiellen Reichtum geschaffen hat, der nicht mit der Produktwirtschaft zu vergleichen ist. Aufgrund von Angaben der statistischen Abteilung betrug der gesamte Umsatz von Farm- und Nebenerwerbsprodukten im Jahre 1979 71,36 Mrd.Yuan. 1986 wurde aber schon ein Gesamtumsatz von 199 Mrd.Yuan erreicht (Preissteigerungsrate berücksichtigt).

Der Markt brachte aber auch Risiken mit sich. So waren die Provinzen Hunan und Guangdong die ersten, die einen "großen Schweinekrieg" führten. Zeitweise strömten lebende Schweine wie Fluten durch verschiedene Kanäle von Hunan nach Guangdong, wo der Lebensstandard offensichtlich höher ist. Dies führte dazu, daß die Fleischpreise auf den Märkten in Hunan anzogen, was zur Verstimmung der dortigen Einwohner führte. Die Regierungsabteilungen wußten sich nicht anders zu helfen als administrativ zu intervenieren. Sie schlossen die Provinzgrenzen.

Der "Wollkrieg" im Norden war noch unangenehmer. Vor einem Jahr beklagten viele Menschen die großen Vorräte von Wolle. Ein Jahr später war Wolle zu einem Gut geworden, das von Fabriken, vom Staat, von Kollektiven und privat betriebenen Handelseinheiten und von neu sich bildenden großen und kleinen Gesellschaften nachgefragt wurde. Nach einem Streit mit Worten errichteten die Hauptproduktionsgebiete zahlreiche Blockaden; einige von ihnen haben erneut das Banner des geplanten Ankaufs und der Vermarktung durch den Staat wieder wehen lassen.

Fluktuationen bei der Produktion beeinträchtigten den Markt. Die soziale Verbrauchsmentalität, die lange Zeit durch niedrige Löhne und niedrige Preise genährt worden war, machte verschiedene Wandlungen durch.

Der bekannte Ökonom Sun Shangqing erklärte in einem Interview mit der *Guangming Ribao*, daß die Konsumstruktur der Menschen an die Entwicklung der sozialistischen Ökonomie angepaßt werden müsse. Die Konsumstruktur solle den Menschen ein angenehmes Leben gewährleisten, solle jedoch nicht nach der entsprechenden Struktur entwickelter Länder verändert werden. Der Verbrauch solle vernünf-

tig gestaltet und durch Steuern, Preise, Kredite und andere ökonomische Hebel reguliert werden. Die überhitzte Nachfrage nach besseren und höherwertigen Konsumgütern sei exzessiv und entspreche nicht dem gegenwärtigen Anfangsstadium des Sozialismus.

In China, mit einem Bruttosozialprodukt von 300 US\$ pro Person, seien die Käufe von Fernsehgeräten eher den Verhältnissen eines Landes mit einem Bruttosozialprodukt von 1.000 US\$ pro Person angepaßt. Der Wirtschaftswissenschaftler schrieb die überhitzte Nachfrage Bemühungen zu, die Konsumstruktur entwickelter Länder nachzuahmen. Des weiteren erklärte er, die niedrigen Kosten für Wohnungen würden das Problem verschärfen. Nur 0,9% der durchschnittlichen Ausgaben einer chinesischen Familie würden für Wohnraum ausgegeben. Die Menschen erhielten auch zu viele Subventionen von der Regierung und den Unternehmen. In Zusammenhang mit den überdehnten Konsumfonds würden so die Bedingungen für überhitzte Konsumnachfrage geschaffen. (RMRB, 20.11.1987; XNA, 26.11.1987) -lou-

*(32)

Volksbank erläßt Vorschriften zur Kontrolle von Krediten und Geldmenge

Mit Beginn des 4.Quartals 1987 erließ die Volksbank verschiedene geld- und kreditpolitische Vorschriften, um Kreditgewährung und Ausweitung der Geldmenge unter Kontrolle zu bringen. Die Maßnahmen zielen darauf ab, den überschäumenden Investitions- und Konsumboom zu dämpfen, um die schnell ansteigenden Preise zu stabilisieren und eine stetige wirtschaftliche Entwicklung zu gewährleisten.

Wie der stellvertretende Präsident der Volksbank, Zhou Zhengqing, in der zweiten Novemberwoche 1987 auf einer nationalen Konferenz über die technische Umrüstung von Industrieunternehmen mitteilte, sei die finanzielle Situation ebenso wie die wirtschaftliche im laufenden Jahr als gut zu bezeichnen. Die Spareinlagen bei Banken und Kreditgenossenschaften seien zwischen Januar und Oktober 1987 um fast 130 Mrd.Yuan, einschließlich rd. 71 Mrd. privater Spareinlagen der städtischen und ländlichen Bewohner, gestiegen.

Andererseits habe jedoch die an-schwellende Investitions- und Ver-brauchernachfrage eine als exzessiv zu bezeichnende Aufblähung der Kredit- und Geldmenge zur Folge gehabt.

Im Rahmen der von der Volksbank seit Oktober 1987 erlassenen Vor-schriften sind die ländlichen Kre-ditgenossenschaften verpflichtet worden, einen nicht näher spezifi-zierten Teil ihrer "Kreditfonds" bei der Volksbank zur Finanzierung des Ankaufs von Ackerbau- und Nebenprodukten zu deponieren. Die spezialisierten Geschäftsbanken und sonstigen Finanzinstitutionen sind angewiesen worden, ihre bei der Volksbank gehaltenen Reserven von 10 auf 12% ihrer gesamten Spareinlagen aufzustocken. Schließ-lich hat die Zentralbank ihre Soll-zinsen auf die den Geschäftsbanken und anderen Institutionen einge-räumten Kredite heraufgesetzt.

Außerdem sind die Bankschuldner eindringlich darauf hingewiesen worden, die bereits in Anspruch genommenen Kredite wirtschaftli-cher zu verwenden. Der Vizepräsi-dent der Volksbank veranschlagte die per Ende Oktober ausstehenden Bankkredite auf 840 Mrd. Yuan, wovon wiederum 620 Mrd. zur Be-triebsmittelfinanzierung und 120 Mrd. zur Anlagefinanzierung bestimmt gewesen seien. Er forder-te die Konferenzteilnehmer auf, zusätzliche Absatzwege zu erschlie-ßen, um das in unverkauften La-gerbeständen festliegende Kapital zu mobilisieren. Schließlich müßten die auf Kreditbasis finanzierten nicht-produktiven Anlageinvesti-tionen und "überexpansiven ländli-chen Industrieprojekte" einge-schränkt werden, um Kreditmittel zur Finanzierung staatlicher Schlüs-selinvestitionen freizumachen.

Die Kreditnachfrage war nach Darstellung von Zhou im laufenden Jahr 1987 besonders groß, da Indu-strieproduktion und -ausfuhr kräf-tiger als geplant gestiegen seien. Zusätzlich sei die Kreditgewährung der ländlichen Kreditgenossen-schaften zu hoch gewesen. Die Preise zahlreicher Produktionsmittel hätten eine Steigerung zu verzeich-nen. In den vergangenen Jahren sei die Expansion der Kredit- und Geldmenge stärker als die des in-dustriellen und landwirtschaftlichen Produktionswertes gewesen.

Wenn dieser Trend nicht unter Kontrolle gebracht werde, so Zhou, sei nicht nur eine Beeinträchtigung

der Preisstabilität, sondern auch der wirtschaftlichen Gesamtent-wicklung zu befürchten. Bereits im kommenden Jahr wird es nach sei-ner Aussage schwierig sein, auf dem Gebiet der Kreditgewährung ein Gleichgewicht zwischen Einla-gen und Ausleihungen zu erzielen. (NfA, 19.11.87; XNA, 2.11.87) -lou-

*(33)

Vertraglich bestimmtes Verant-wortlichkeitssystem dehnt sich aus

Das vertraglich bestimmte Verant-wortlichkeitssystem, das sich im Zuge der Reform der Landwirt-schaft als so wirkungsvoll und er-folgreich erwiesen hat, wird auch immer mehr in den staatseigenen Handels- und Industrieunterneh-men angewendet.

Aufgrund der neuesten Zahlen des Zentralen Statistikamtes ist das vertraglich bestimmte Verant-wortlichkeitssystem nun in 75% der großen und mittelgroßen staatsei-genen Betriebe eingeführt. 43% der kleinen staatseigenen Unternehmen sind in Kollektiveigentum überge-gangen, sind geleast worden oder werden von Einzelpersonen auf Vertragsbasis geleitet. Das Anteils-system ist in einer großen Zahl von Wirtschaftsvereinigungen, Unter-nnehmensgruppen und kleinen staatseigenen Handelsunternehmen eingeführt worden.

Nach dem Vertragssystem unter-zeichnet der Direktor oder Manager eines großen oder mittelgroßen Unternehmens einen Vertrag mit dem Staat. Darin garantiert er, alle im Vertrag aufgeführten Normen zu erfüllen, wohingegen der Staat sich verpflichtet, nicht in die Ver-waltung des Unternehmens hinein-zuregieren. Ohne wirkliche Ver-waltungsmacht und unabhängigen ökonomischen Nutzen ist der Di-rector einer Fabrik nichts mehr als der Vertreter des Staates für dieses Unternehmen.

Die in dem Vertrag aufgeführten Normen enthalten gewöhnlich die Quantität und Qualität der Produk-te, die Steuern und Gewinne, die an den Staat zu überführen sind, technischen Fortschritt, Entwick-lung neuer Produkte, Ausbildung des Personals und Wohlfahrt der Arbeiter. Der Direktor der Fabrik unterteilt die Normen und verteilt sie unter die Werkstätten, Produk-tionsgruppen und Schichten und sogar einzelne Arbeiter durch sepa-rate Verträge über Verantwortlich-keiten.

Wenn das Unternehmen alle diese Normen erfüllt hat, so kann es ei-nen größeren Teil der Gewinne einbehalten. Der Direktor des Un-ternehmens muß fähig sein, das Unternehmen zu führen. Damit ist Schluß gemacht worden mit der Praxis, daß verlustbringende und gewinnerzielende Unternehmen die gleichen Leistungen vom Staat er-hielten, und zwar unabhängig von der Qualität der Verwaltung. Unter dem Verantwortlichkeitssystem stellt sich bei den Unternehmen Konkurrenzdenken ein, einige Un-ternehmen schreiben sogar Stellen für Manager aus.

Aufgrund des Vertrages muß ein Unternehmen seinen Betrieb insge-samt umorganisieren, und zwar be-züglich des Leitungsgremiums, der Abteilungsgliederung, der Perso-nalpolitik, der Einteilung der Ar-beiten und des Lohnsystems. Dies ist in Übereinstimmung mit der Durchführung der wirtschaftlichen Strukturreform und der politischen Strukturreform.

Was die kleinen staatlichen Unter-nehmen, Unternehmen mit sehr niedrigen Gewinnen oder sogar Verlusten angeht, so ist die vor-herrschende Form das Leasing. Der Leasingnehmer kann ein Unter-nehmen, ein Kollektiv oder ein Einzelner sein.

Nachdem ein Unternehmen geleast worden ist, hört es auf, der zustän-digen Abteilung zu unterstehen. Das Unternehmen geht auf den Leasingnehmer über, dessen Kom-petenzen hinsichtlich der unabhän-gigen Verwaltung durch Gesetz ge-schützt sind. Dies verändert jedoch nicht den Charakter des öffentli-chen Eigentums dieses Unterneh-mens.

Das Anteilssystem als Form des öf-fentlichen Eigentums wird durch eine immer mehr zunehmende An-zahl von Menschen akzeptiert. Dieses System, das nun im ganzen Lande ausprobiert wird, kann viele Formen annehmen, darunter Un-ternehmen mit Anteilen aus den ursprünglichen Aktiva des Unter-nemens und Anteilen, die von einzelnen Arbeitern gezeichnet werden; Unternehmen mit von den Arbeitern gezeichneten Anteilen und Anteilen aus anderen Berei-chen. (XNA, 28.10.87) -lou-

***(34)
System der Landnutzung gegen
Entgelt nimmt Gestalt an**

Das System, wonach das Recht auf Landnutzung verkauft werden kann, nimmt allmählich Gestalt an (vgl. dazu auch C.a., Okt.1987, S.790).

Zuständige Abteilungen haben nun mitgeteilt, daß der Staat Shanghai, Tianjin, Shenzhen, Guangzhou und der Insel Hainan die Genehmigung erteilt hat, Pilotprojekte in dieser Hinsicht zu testen. Dutzende anderer Städte sind nun bereit, Regeln zu erlassen, die die Landnutzungsraten bestimmen.

Am 9.September 1987 verkaufte die Stadtregierung von Shenzhen an das Shenzhen Industrial and Trade Centre der China Aviation Technology Import and Export Corp. das Recht, eine Landparzelle von mehr als 5.000 qm zu einem Mietpreis von 200 Yuan pro qm zu nutzen. Dieser Präzedenzfall erntete große Aufmerksamkeit in Wirtschaftskreisen wie auch in den Medien.

Seit 1983 haben Fushun, Guangzhou, Yangquan, Xiamen, Tangshan, Mianyang, Dalian und Harbin versucht, von Landnutzern Zahlungen zu kassieren, doch die Ergebnisse blieben minimal, wegen der niedrigen Mietsätze. Im Jahre 1986 nahm Shenzhen nur 13 Mio.Y für die Überlassung der Landnutzung im Umfange von 21 qkm ein. Das war die gleiche Summe, die in Hongkong eingenommen wurde, als ein Stück Land im Umfange von 149 qm im Januar 1986 versteigert wurde. Die Summe, die Shenzhen einnahm, reichte nicht aus, um die Zinsen für das Geld zu zahlen, das Shenzhen zur Entwicklung der Infrastruktur der Stadt aufgenommen hatte. Die von anderen Städten festgesetzten Landnutzungsraten beliefen sich auf 1 Yuan oder weniger pro qm.

Nichtsdestoweniger zeigt die Erfahrung dieser Städte, daß die kompensatorische Nutzung von Land die Kontrolle der Regierung und die Regulierung der Landnutzung beträchtlich verstärkt hat. Auf diese Weise wurden vorläufige wirtschaftliche Ergebnisse erzielt; daneben konnte Schluß gemacht werden mit der Verschwendung von Landressourcen, der mißbräuchlichen Nutzung von großen Flächen von Ackerland sowie anderen Nachteilen, die durch freie oder unbestimmte Landnutzung gegeben waren.

Während der letzten vier Jahre hat Fushun über 400 Mio.Y für die Vergabe von Nutzungsrechten für Land eingenommen; 70% dieser Zahlungen wurden für den städtischen Aufbau ausgegeben. Des weiteren konnte eine Lösung hinsichtlich des Grund und Bodens, der von 13 Unternehmen genutzt wurde, erzielt werden; illegale Gebäude mit einer gesamten Wohnfläche von über 10 Mio.qm konnten beseitigt werden, Landnutzer konnten gezwungen werden, mehr als 100.000 qm Land zurückzugeben. Auf diese Weise konnte die Stadt nach und nach den Menschen die Notwendigkeit nahebringen, Landressourcen als kostbares Gut zu betrachten und zu erhalten.

Entsprechend der Meinung von Experten stellen die kompensatorische Landnutzung und der Transfer effektive Methoden dar, die die Regierung verwenden kann, um Einnahmen aus verschiedenen Landtypen zu erzielen, die geplante Entwicklung der Warenwirtschaft zu fördern und die Kontrolle über den Grund und Boden zu verstärken. (Xinhua, 13.11.87, zit. nach SWB, 20.11.87) -lou-

***(35)
Provinz Guangdong zum "Experimentierfeld" erklärt**

Die Beijinger Führung hat die gesamte südliche Provinz Guangdong zum "Experimentierfeld" für marktwirtschaftliche Reformen erklärt. Als Grund für die Wahl Guangdong zum Reformvorreiter wurden seine direkte Nachbarschaft zu Hongkong und Macau sowie seine Verbindungen zu Auslandschinesen genannt, die zum großen Teil aus dieser Provinz stammen. Mit einer Ausfuhrsteigerung um 41% (gegenüber 1985) auf insgesamt 4,3 Mrd.US\$ im Jahre 1986 ist Guangdong inzwischen zum Spitzenexporteur der Volksrepublik aufgestiegen. Die Reputation der Provinz als Vorzeigemodell für die Wirtschaftsreformen ist unumstritten.

Nähere Einzelheiten über den Experimentierrahmen der lokalen Verwaltung nannte die chinesische Nachrichtenagentur nicht. Es hieß lediglich, die Provinz werde fortfahren, "intensiv" zu prüfen, wie sich die Macht von Partei und Staat weiter trennen läßt. Der neue Parteichef Zhao Ziyang hat sich für eine Ausdehnung der ersten demokratischen Versuche in der Pro-

vinzhauptstadt Guangzhou eingesetzt, deren Einwohner inzwischen auch Kritik an Parteifunktionären üben dürfen. (XNA, 22.11.87) -lou-

***(36)
Überproduktion leichtindustrieller
Produkte**

Der Minister für die Leichtindustrie warnte vor der übermäßigen Produktion von Fahrrädern, Armbanduhren und Kühlschränken. Die blühende Expansion der Produktion solcher Güter solle sofort gestoppt werden.

Nach Statistiken, die vom Ministerium herausgegeben wurden, überschritt die Produktion von Fahrrädern in den ersten drei Quartalen 1987 30 Millionen, während mehr als 11 Millionen in den Lägern der Warenhäuser seien. Die gesamte Fahrradproduktion pro Ende des Jahres 1987 wird auf mehr als 40 Millionen Stück geschätzt; dies bedeutet eine extreme Überproduktion. Die Produktion von Armbanduhren wuchs weiter, während die Lagerbestände sowohl der industriellen als auch der Handelsabteilungen 35 Millionen Stück betragen. Auch die blinde Entwicklung der Produktion von Kühlschränken sei nicht unter Kontrolle gebracht worden. Einige Projekte hätten nicht gestoppt werden können, während andere alte Ausrüstungen an ländliche Industriebetriebe weitergaben und wieder andere ihre Produktion von anderen Gütern auf die Produktion von Kühlschränken verlagert hätten. Die gegenwärtige jährliche Produktionskapazität für Kühlschränke habe 10 Millionen erreicht, während die staatlichen Pläne nur 6,5 bis 7,5 Millionen bis zum Jahre 1990 vorsehen.

Das Ministerium rief die Fahrradfabriken auf, ihre Zusammenarbeit zu stärken, ihre Exporte auszuweiten und mit der Produktion von Nicht-Markenartikel-Produkten Schluß zu machen. Die Armbanduhren-Produzenten wurden aufgefordert, mit der Erweiterung der Produktion mechanischer Uhren aufzuhören und statt dessen zur Produktion elektronischer Uhren überzugehen. Das Ministerium kündigte auch an, daß nichtgenehmigten Kühlschrankfabriken das Recht genommen werde, für ihre Produkte zu werben; die Konsumenten wurden aufgefordert, die von diesen Fabriken produzierten Kühlschränke nicht zu kaufen. (XNA, 12.11.87) -lou-

***(37)
Stahlangebot langfristig nicht ausreichend**

Ende des Jahrhunderts wird die Volksrepublik schätzungsweise 90-100 Mio.t Stahl verschiedener Sorten und Qualitäten benötigen. Dies ergab eine kürzlich in den chinesischen Medien auszugsweise wiedergegebene Analyse der Zentralen Planungskommission. Im Jahre 1986 waren 52 Mio.t Stahl, das waren 11,6% mehr als im Vorjahr, in der ersten Hälfte des Jahres 1987 rd. 27,2 Mio.t, plus 6,6% gegenüber der Vergleichsperiode, erzeugt worden.

Nach der genannten Studie wird der voraussichtliche Jahresbedarf der unter Leitung des Eisenbahnministeriums stehenden Einheiten ca. 1,3 Mio.t Stahl für Schienen der Hauptlinien betragen. Davon würden ca. 0,9 Mio.t für Instandhaltung und Reparatur und 0,4 Mio.t für den Ausbau des Gleisnetzes auf 80.000 km Länge benötigt. Unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Anforderungen aus dem Kohlebergbau, der metallurgischen, NE-Metall- und Erdölindustrie von 0,2-0,3 Mio.t ergebe sich für das Jahr 2000 ein Gesamtverbrauch an Stahl für Schienen von 1,5-1,6 Mio.t.

Die Nachfrage nach Stahl für Eisenbahnebenstrecken wird für das Jahr 2000 auf rd. 0,54 Mio.t geschätzt. Das Kohleministerium werde davon voraussichtlich 0,27 Mio.t, der Metallergbau und andere Industriezweige würden zusammen 0,12 Mio.t sowie der besonders ausgewiesene Bergbau in ländlichen Regionen zwischen 0,12 Mio. bis 0,15 Mio.t beziehen.

Für den bisher durch Angebotsknappheit gekennzeichneten Formstahlbereich wird je nach der Sorte eine unterschiedliche Produktionsentwicklung prognostiziert. Die Erzeugung großformatiger Stähle soll bis zum Jahre 2000 um 1,8%, die mittlerer um 5,7% und die kleiner Formstähle um 17,0% sinken. Die nur geringe Verschiebung bei der ersten Gruppe wird auf die weiterhin vorrangig zu fördernde Entwicklung und den daraus resultierenden hohen Bedarf der Sektoren Energie und Transport zurückgeführt.

Die sich verändernde Zusammensetzung des nationalen Produktangebots, der technische Fortschritt, der Marktzugang neuer Erzeugnisse

und die verstärkte Hinwendung zur Fertigung von Flach- und Röhrenstahl werden die Herstellung von Formstahl negativ beeinflussen. Qualitativ hochwertige Stähle fänden hauptsächlich in der Maschinenbauindustrie, der Waffentechnik und u.a. im Kfz-Bau Verwendung. Solche Sorten werden um die Jahrhundertwende einen Anteil von 8,8-9,3% am Gesamtverbrauch haben.

Auch das Angebot an mittelstarken Stahlblechen wird der Untersuchung zufolge in Zukunft die Nachfrage nur bedingt befriedigen können. Neben den Bereichen Transport und Energie wird u.a. für den Maschinenbau ein stetig wachsender Bedarf vorausgesehen. Für den Bau von Schiffen sollen 1990 rd. 0,7 Mio.t benötigt werden. Als weiterer Hauptabnehmer von Blechen und Kesselstahl wird der Lokomotivbau angeführt. Gemäß der Untersuchung wird der Verbrauch bei mitteldicken Stahlblechen im Jahre 2000 einen Anteil von 14,5%, der von Drahtstahl von 15-15,7% haben.

Die Nachfrage nach dünnen Stahlblechen dürfte in den kommenden Jahren ebenfalls das Inlandsangebot übersteigen. An der Spitze der Importgüterliste steht kaltgewalzter Bandstahl. Die Quoten am Gesamtstahlkonsum werden sich im Jahre 2000 auf voraussichtlich 14-14,5% (Stahlbleche) bzw. ca. 3,5% (kaltgewalzter Bandstahl) belaufen. Die Fertigung von Siliziumstahl soll von warmgewalztem (bisher ca. 88% der Erzeugung) auf kaltgewalzten umgestellt werden. Nur der Eisen- und Stahlkomplex in Wuhan kann diesen heute produzieren. Bei einem Anteil von 1,2% des Gesamtverbrauches wird Bandstahl bis zum Jahre 2000 Mangelware bleiben.

Der Verbrauch geschweißter Stahlrohre wird gemäß der Langzeitprognose mit einem Anteil von 6,5% den nahtloser Stahlrohre (4,6%) übersteigen. Bei nahtlosen Rohren gebe es zu viele Sorten kleineren Durchmessers. Die Produktion von Stahlrohren für die Erdölindustrie werde vernachlässigt. Die Quote an nahtlosen Röhren, die in der Erdölindustrie eingesetzt werden, wird bis zum Ende des 7.Fünfjahresplans (1990) auf ca. 30% des gesamten Röhrenverbrauchs wachsen. (XNA, 18. und 24.9.87) -lou-

***(38)
Unternehmensgruppe für Optoelektronik gegründet**

Kürzlich wurde in der Volksrepublik die erste große Unternehmensgruppe gegründet, die sich mit der Forschung, Anwendung und Entwicklung der optoelektronischen Technologie befaßt. Die Optoelektronik ist ein modernes Teilgebiet der Elektronik, das die auf der Wechselwirkung von Optik und Elektronik beruhenden physikalischen Effekte zur Herstellung besonderer elektronischer Schaltungen bzw. anderer elektronischer Anwendungen ausnutzt. Nach Angaben der Zentralen Kommission für die Umstrukturierungen der Wirtschaft ist die China-Daheng-Gruppe die zehntgrößte Unternehmensgruppe, die mit Genehmigung des Staatsrates gegründet wurde.

Die Daheng-Gruppe, bestehend aus sechs großen optoelektronischen Forschungsinstituten, die in Changchun, Shanghai, Xi'an, Hefei und Chengdu beheimatet sind, wird sich nicht länger nur mit der reinen Forschung, sondern auch mit angewandter Forschung als Dienstleistungen für den Markt und die Kommerzialisierung der optoelektronischen Technologie befassen.

Mit mehr als 10.000 Forschern, Technikern und Facharbeitern ist die Gruppe bei der Staatlichen Verwaltung für Industrie und Handel als im öffentlichen Eigentum befindliche Wirtschaftseinheit registriert, die die Rechte einer juristischen Person hat. Die Daheng-Gruppe praktiziert unter Leitung eines Vorstandes das System, in dem jeder Manager die gesamte Verantwortlichkeit übernimmt und in dem Entscheidungen keiner administrativen Einmischung unterliegen.

Neben Anstrengungen im Bereich der Grundlagenforschung wird die Gruppe sich mit der Anwendung der Forschungsergebnisse befassen, neue optoelektronische Produkte entwickeln, sich in die Konkurrenz des Weltmarktes begeben, um eine neue Institution zu bilden, die wissenschaftliche Forschung durchführt, sich mit Produktion, Verkauf und der Bereitstellung verschiedener Dienstleistungen befassen.

Der Staatsrat hat der Errichtung dieser Gruppe große Aufmerksamkeit geschenkt und ihr Vorzugsbehandlung gewährt. Der im Jahre

1986 vom Staatsrat gewährte jährliche Forschungsfonds wird in gleicher Höhe in den nächsten fünf Jahren gezahlt; die Gruppe hat das Recht, Joint Ventures oder technologische Kooperationsprojekte zu betreiben, und zwar bis zu einer Höhe von 3 Mio.US\$. (XNA, 19.9.87) -lou-

*(39)

Verschmutzung von Luft und Wasser gravierend

Nach dem Bericht der chinesischen Tageszeitung *Wahrheit* sei die Luftverschmutzung über den Großstädten im Norden der Volksrepublik China etwa 20 bis 40mal höher als in westlichen Großstädten. Dies habe zu einem sprunghaften Anstieg der Krebserkrankungen geführt. Der Staubanteil in der Atmosphäre über den 32 größten Städten im Norden Chinas liege bei durchschnittlich 860 Mikrogramm pro cbm. Im Vergleich dazu seien in London nur 22 Mikrogramm, in New York 43 und in Tokyo 48 Mikrogramm gemessen worden, schreibt die Zeitung unter Berufung auf Qu Geping, dem Leiter der Staatlichen Umweltschutzbehörde. Der von den Gesundheitsbehörden der Vereinten Nationen festgesetzte Höchstwert betrage 90 Mikrogramm pro cbm.

Die Zahl der unmittelbar auf Umweltschäden zurückzuführenden Erkrankungen sei stark gestiegen, sagte Qu. So sei Krebs im Jahre 1985 die zweithäufigste Todesursache in China gewesen, während noch im Jahre 1981 nur jeder neunte Chinese an Krebs gestorben sei.

China Daily hatte im Juli 1987 berichtet, die Luftverschmutzung habe in der Volksrepublik die gleichen Werte erreicht wie in den 50er Jahren in den westlichen Industrienationen. Eine der Hauptursachen für die Luftverschmutzung über Chinas Großstädten ist die weit verbreitete Kohleheizung. Nach offiziellen Statistiken werden in der Volksrepublik jährlich mehr als 500 Mio.t Kohle verheizt.

Als ein Beispiel für die Verschmutzung des Wassers können Ergebnisse aus der Provinz Shandong angeführt werden. Auf einer Sitzung des 6.Volkskongresses der Provinz Shandong erklärte Sun Baozhu, Direktor des Umweltschutzamtes der Provinz, am 29.Oktober 1987: Obgleich die

Provinz seit der Implementierung des Umweltschutzgesetzes gewisse Erfolge beim Umweltschutz erzielt habe, sei es der Provinz jedoch nicht gelungen, die Umweltverschmutzung unter Kontrolle zu bringen. Es existierten ernste Probleme. Es sei eine Situation entstanden, in der das Volumen umweltverschmutzender Stoffe schneller ansteige als Umweltschutzverbesserungen. Laut Statistiken seien von den 79 großen und mittelgroßen Flußläufen, die der Provinz unterstünden, 69 in unterschiedlichen Ausmaßen verschmutzt worden. Su rief alle Unternehmen und Einrichtungen sowie verantwortliche Abteilungen auf, mit dem einseitigen Denken Schluß zu machen, der Produktion Aufmerksamkeit zu schenken und den Umweltschutz nicht zu vernachlässigen. Das Gesetz und die Regelungen über den Umweltschutz sollten strikt durchgeführt, und die Umweltschutzverwaltung sollte substantiell gestärkt werden. (FAZ, 5.10.87; Radio Jinan, 29.10.1987, zit. nach SWB, 7.11.1987) -lou-

Taiwan

*(40)

Personalfluktuationen

General Xu Linong (66, aus der Provinz Anhui) löste am 18. November General Zhang Guoying (61, ebenfalls aus Anhui) als Direktor der unmittelbar dem Exekutiv Yuan (Kabinett) unterstehenden Hilfskommission für die aus dem aktiven Dienst ausgeschiedenen Militärangehörigen ab (ZYRB und LHB, 19.11.87). Der Amtswechsel ist offenbar eine Personalkonsequenz aus den kürzlichen Demonstrationen vieler Veteranen für eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse und für Reiseerlaubnis zum Besuch von Verwandten auf dem chinesischen Festland. Am Tag seines Amtsantritts bekräftigte der neue Direktor in einem Zeitungsinterview seinen Willen, die Schwierigkeiten der Veteranen möglichst zu lösen. Zuvor hatte Xu das Amt des Direktors der Hauptabteilung politischer Krieg des Verteidigungsministeriums bekleidet. Sein Nachfolger in diesem Amt wurde der bisherige Vizeverteidigungsminister General Yan Baiqian (65, aus der Provinz Zhejiang).

Ma Zhenfang (63, aus der Provinz Henan) wurde am 25. November zum Leiter des Komitees der Guomindang (Regierungspartei) der Provinz Taiwan ernannt. Vorher hatte er das Amt des Stellvertretenden Innenministers inne (ZYRB und LHB, 26.11.87). Diesen Posten wird nach einer internen Entscheidung Liu Zhaotian (66, aus der Provinz Jiangxi) antreten, der von seiner bisherigen Stellung als Leiter des Parteikomitees der Provinz Taiwan zurücktrat (LHB, 1.12.87).

Xu Heng (75, aus der Provinz Guangdong) soll nach einer internen Entscheidung zum Präsidenten des Roten Kreuzes der Republik China (Taiwan) ernannt werden. Der ursprüngliche Präsident der Organisation, General He Yingqin, ist am 21. Oktober d.J. gestorben. (ZYRB, 2.11.87; DGB, 5.11.87). -ni-

*(41)

Besuch enger Verwandten in Festland-China offiziell erlaubt

Seit dem 2. November dürfen die Bürger von Taiwan zum Besuch enger Verwandten auf legalem Weg nach dem chinesischen Festland reisen. Gemäß den von Innenminister Wu Boxiong am 15. Oktober bekanntgegebenen einzelnen Bestimmungen kann jeder Bürger, abgesehen von öffentlich Bediensteten, seine Verwandten (Bluts- oder angeheiratete Verwandte) bis dritten Grades (z.B. Eltern, Kinder, Großeltern, Enkel, Schwiegereltern und -kinder, Geschwister, Onkel, Tante, Schwager oder Schwägerin, Nefte und Nichte) besuchen. Allerdings muß die Reise über eine Drittregion erfolgen und ein Antrag beim Roten Kreuz eingereicht werden. Es ist nicht nötig, die betreffenden Verwandten von drüben nachzuweisen, aber nach der Rückkehr ist man verpflichtet, beim Roten Kreuz ein Formular mit kurzen Angaben zur Reiseroute und der Verwandten, mit denen man zusammengetroffen war, auszufüllen. Jeder Bürger darf jedes Jahr nur einmal eine solche Reise beantragen und jedesmal prinzipiell nicht länger als drei Monate dort bleiben. Die Regierung, so der Minister, wird die Maßnahmen in sechs Monaten aufgrund der gewonnenen Erfahrungen nochmals prüfen und ggf. revidieren (LHB und ZYRB, 15.-16.10.87; vgl. auch C.a., Yu-Hsi Nieh, "Tauwetter in chinesisch-chinesischen Beziehungen. Beginn einer neuen Politik Taiwans gegenüber Festlandchina?", C.a., September 1987, S.746 ff.).